

## Nach uns die Sintflut

### Warum die wahre Lage in der Euro-Zone verschwiegen wird

Während Finanzminister Wolfgang Schäuble die Euro-Krise einmal wieder für beendet erklärt, vermitteln die Fakten ein anderes Bild.

Manch ein Zuhörer traute seinen Ohren nicht: Bei einer Veranstaltung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras vergangenen Sonnabend in Berlin erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Euro-Krise (zum wievielten Male?) für beendet: „Wir haben keine Ansteckungsgefahr mehr.“

Schäuble stützt seine Sicht auf lauter erfreuliche Daten aus den Krisenländern. Griechenland verzeichne einen Überschuss beim „Primärhaushalt“, soll heißen: Wenn die Zinszahlungen für Schulden herausgerechnet werden, weist Athens Etat eine schwarze Zahl aus. Überdies zeigten die geringeren Zinsaufschläge, welche die schwächelnden Euro-Länder für ihre Staatsschulden zahlen müssten, dass die „Märkte“ wieder Vertrauen in Madrid, Rom oder Lissabon gefasst hätten.

Die Wahrheit ist: Der „Primärhaushalt“ Griechenlands ist nur positiv, weil Athen Rechnungen an Privatunternehmen, die laut Schätzungen in die Milliarden gehen, einfach nicht bezahlt. Die Zinsaufschläge sind nur so niedrig, weil die Europäische Zentralbank (EZB) die Schulden in ihre Bücher nimmt und damit die Zinsen nach unten manipuliert.

Die Polit-Elite der Euro-Zone, Schäuble voran, schiebt mittels Manipulation und Problem-Verdrängung eine hübsche Kulisse vor die Wirklichkeit, welche sie dann als Realität verkaufen. So trieben es auch die Schönfärber des real gescheiterten Sozialismus, wo Zahlen und Fakten so lange verschwiegen oder geschönt wurden, bis die Wirklichkeit die Kulisse in Fetzen riss.

Wie es in Europa wirklich aussieht? In Spanien und Frankreich toben seit Monaten Unruhen, die mittlerweile alle Bevölkerungsschichten erfasst haben und Anzeichen einer Revolution entwickeln. In Griechenland läuft Anfang kommenden Jahres ein Moratorium aus, das seit 2010 Zwangsversteigerungen von Immobilien ausgesetzt hat. Ein Viertel der Baudarlehen aber ist mittlerweile faul. Es ist mit einer gigantischen Welle von Zwangsversteigerungen zu rechnen, welche die spanische Katastrophe noch weit in den Schatten stellt.

Schäubles Schönrednerei hat einen simplen Grund: Allein für Griechenland stehen die Deutschen mittels diverser „Rettungsprogramme“ mit rund 80 Milliarden Euro gerade. Hinzu kommen weitere Garantien für andere Länder. Mit dem Geld wurden die Banken, die zuvor mit den Schulden der Krisenländer prächtig verdient hatten, ausgelöst. Kommt die Wahrheit ans Licht, würden diese Forderungen schlagartig fällig. Die Berliner Politiker müssten dem Volk erklären, wofür das viele Geld eigentlich verpulvert wurde. Das aber überlassen sie lieber kommenden Generationen. Wie beim Schuldenprogramm der sich anbahnenden Koalition gilt die Devise: Nach uns die Sintflut. Hans Heckel

# Absurde Angstmache

## Zentralbanken sollen mit Niedrigst- und Minuszinsen Deflation verhindern – Gefahr droht von anderer Seite

Rascher als befürchtet hat sich die Forderung nach immer geringeren Zinssätzen in ihr Extrem gesteigert: Selbst EZB-Präsident Mario Draghi deutet nun an, dass er den Einlagezins der Europäischen Zentralbank auch ins Minus drücken würde, wenn er es für nötig erachte. Doch was bedeutet das eigentlich?

Der Einlagezins ist der Zins, den die Geschäftsbanken normalerweise erhalten für Geld, das sie bei der Notenbank einlagern. Wird dieser Zins negativ, müssten sie für ihre Einlagen bezahlen, statt Zinsen zu erhalten.

Es ist fest davon auszugehen, dass ein solcher negativer Einlagenzins für die Banken auch den Zinssatz für die normalen Sparer weiter drückt. So lässt die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihre Kunden bereits in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen wissen, dass sie sich „bei speziellen Marktbedingungen“ gezwungen sehen könnte, für Privatkonten „Negativzinsen einzuführen“, wie der schweizerische „Tages-Anzeiger“ berichtet. Die Schweiz gehört zwar nicht zum Euro-Raum. Durch die enge Verflechtung des kleinen Landes mit seinen Nachbarn sehen sich die Eidgenossen aber gezwungen, sich der Euro-Zins- und -Währungspolitik anzupassen.

Die EZB und die Experten, die ihre Politik stützen, argumentieren, dass diese „Politik des billigen Geldes“ (also extrem niedrigen Zinses) nötig sei, um eine Deflation zu verhindern. Deflation (das Gegenteil von Inflation) bedeutet, dass die umlaufende Geldmenge stetig abnimmt und damit die Preise auf breiter Front fallen.

Die Befürchtung: Wenn die Preise fast alle fallen, schieben Bürger ihre Anschaffungen und Unternehmen ihre Investitionen auf in der Hoffnung, in naher Zukunft alles billiger zu bekommen. Das habe zur Folge, dass die Wirtschaft bald ganz stillstehe.

Als abschreckendes Beispiel für eine solche Entwicklung werden die frühen 30er Jahre angeführt. Damals kam es in der Tat zu einer „deflationären Erstarrung“. Das Resultat waren Not, Elend und eine soziale Katastrophe, der die politische folgen sollte. Schließlich mündete die Entwicklung in dem Zweiten Weltkrieg.

Spätestens hier sollte der Beobachter indes misstrauisch werden. Wenn den Protagonisten des Euro und der Euro-„Rettungspolitik“ (zu der auf europäischer Ebene auch die Niedrigzinspolitik der EZB zählt) mit ihren Argumenten in die Enge geraten, greifen sie auf das schaurige Menetekel eines neuen Krieges zurück. Dass es vor dem Euro weit weniger innere Spannungen in der EU gab als heute, wird dabei weggewischt. Der Abschied von der Einheitswährung öffne den Weg für die „alten Dämonen“, wird bedeutungsschwanger geraunt, um den Bürgern Angst einzujagen und Kritiker mundtot zu machen.

Ein durchsichtiges Manöver, und so verwundert es kaum, dass sich auch die geschürte Angst vor der Deflation bei näherem Hinsehen als wenig begründet erweist. Praktische Beispiele wie historische Rückblicke belegen, dass fallende Preise die Wirtschaft keineswegs zum Erliegen bringen müssen. In der Unterhaltungselektronik fallen die

Preise seit Jahrzehnten. Dennoch feiert die Branche immer neue Verkaufserfolge. Die Menschen kaufen den neuen Fernseher, obwohl sie alle wissen, dass sie ihn in ein paar Jahren für weit weniger Geld bekämen.

Auch historisch lässt sich die Gleichung „Preisverfall ist gleich Krise“ nicht belegen. Die großen Wachstumssprünge des 19. Jahrhunderts fanden fast durchweg parallel zu (teilweise drastisch) fallenden Preisen statt. Dies gilt auch für die deutsche „Gründerzeit“. Damals hatte die Deflation zur Folge, dass sich Menschen bei höchstens moderat steigenden Einkommen immer mehr Güter leisten konnten, die für sie einst unerschwinglich waren. Gleichzeitig gewann Gespartes an Wert, wodurch erstmals in der Geschichte weite Bevölkerungsschichten zu „Besitzenden“ wurden.

Die Furcht vor Deflation ist also weder historisch noch praktisch zu begründen. Sie soll vielmehr verdecken, was mit Niedrig- und Negativzinsen sowie gleichzeitigem massiven „Gelddrucken“ tatsächlich bewirkt werden soll: eine gewaltige Umverteilung von Geld.

Nutznieser sind verschuldete Staaten, Banken. Ihre Schulden sollen per Inflation und Niedrigst- oder gar Negativzinsen entwertet werden. Zahlen sollen dies die Sparer, deren Guthaben ebenfalls entwertet werden, um „Deflation zu verhindern“.

Zudem übersieht die Deflationsangst einen Faktor: Spanier, Griechen oder Italiener sind in der Krise, weil sie zu teuer geworden sind im Verhältnis zu ihrer Produktivität. Die Anpassung ihrer Preise nach unten ist daher der unumgängliche Weg zur Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit. Früher geschah dies per Abwertung ihrer Währungen nach außen. Heute muss gewissermaßen „nach innen“ abgewertet werden – die Preise müssen dort fallen.

Die Alternative dazu, welche die EZB bevorzugt, läuft auf eine schrittweise Vernichtung der Sparguthaben, Renten und Lebensversicherungen hinaus. Das Problem: Danach sind zwar die deutschen Sparer enteignet, doch an der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Südeuropäer wird sich kaum etwas geändert haben. Es ist ein Programm zur umfassenden Verarmung, die am Ende alle trifft bis auf ein paar große Spekulanten und einige Banken, die an dem Schuldenzirkus noch reicher geworden sein werden.

Hans Heckel